

Jahresbericht 2020 des Europa-Union Deutschland Kreisverband Göttingen e.V.

Die politische Arbeit der Europäischen Föderalisten im Göttinger Kreisverband der Europa-Union wurde in den zurückliegenden Monaten seit März 2020, von den Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie entscheidend beeinflusst. Zahlreiche Präsenzveranstaltungen – nicht zuletzt der Europaempfang und das Gänseessen - sowie das Seminar zu Europas Grundwerten in Heidelberg und die Studienreise durch die Visegrad-Staaten mussten abgesagt bzw. verschoben werden. Wir hatten beabsichtigt, unsere Aktivitäten in der Fläche Südniedersachsens auszuweiten. Die Planungen für Bürgerdialoge, die wir insbesondere für den Flecken Nörten-Hardenberg bereits fixiert hatten, sind nun vorübergehend auf Eis gelegt.

Doch: wir haben die politischen Aktivitäten erheblich diversifizieren können. Videokonferenzen sind für uns kein Fremdwort mehr. Die „Digitalisierung“ bedingt, dass wir fortan sicher immer wieder hochkarätige Expertinnen und Experten kurzfristig einladen können, um uns über Entwicklungen von europapolitischer Bedeutung auf dem Laufenden zu halten.

Gemeinsam mit unseren Partnern von der Deutsch-Polnischen und der Deutsch-Französischen Gesellschaft Göttingen sind wir „kampagnenfähig“ und haben am 20. September und am 11. Oktober in Kooperation mit der Europaabgeordneten Viola von Cramon zwei eindrucksvolle Kundgebungen in Solidarität mit den für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eintretenden Menschen in Belarus mit gut 100 bzw. 90 Kundgebungsteilnehmern organisieren (helfen) können.

Ungemein dankbar sind wir dafür, dass uns unsere Mitglieder treu bleiben. Abmeldungen erfolgen allenfalls wegen Umzügen oder Todesfällen. Zum 1.1.2020 zählten wir 365 Mitglieder, im März waren es schon 392, aktuell umfasst unsere Mitgliederliste 396 Namen. Ab dem 2. Halbjahr 2021 wollen wir unsere Bemühungen, mehr Menschen dauerhaft an die Europäische Bewegung zu binden, wieder intensivieren.

Folgendes ist berichtenswert:

1. Die neue südniedersächsische Europaabgeordnete Viola von Cramon-Taubadel diskutierte mit uns in einem Europagespräch am 31. Januar 2020 in der Galerie Art Supplement in Göttingen zu dem Thema „Europa hautnah: Aus dem Innenleben des Europäischen Parlaments (EP) – wie will das EP die EU-Institutionen in den nächsten Jahren reformieren?“. Wir besprachen mit 80 Anwesenden die unterschiedlichen Konzeptionen der bislang noch immer nicht gestarteten Konferenz zur Zukunft Europas.

2. Das Göttinger Europagespräch „Die Visegrád-Staaten in der EU – Schichten und Elemente der politischen Kultur Mitteleuropas“ mit Dr. Manfred Sapper am 25. Februar 2020 fand in der historischen Halle des Alten Rathauses in Göttingen mit 85 Anwesenden gute Resonanz. Dr. Sapper, Chefredakteur der renommierten Zeitschrift Osteuropa, hatte in einem Interview mit der FAZ am 9. Januar 2020 zur politischen Situation in Ostmittel- und Osteuropa ausgeführt: „Die Gesellschaften

dieser Region sind nicht homogen, sondern zutiefst gespalten. Und sie sind den westeuropäischen ähnlicher als vielfach behauptet. Einen nationalkonservativen, autoritären Zeitgeist gibt es nicht nur in Polen und Ungarn, sondern in vielen anderen europäischen Staaten. Tschechien unter dem Ministerpräsidenten Andrej Babiš erinnert stark an das einstige System Berlusconi in Italien.“ Sapper meint ferner: „Alle Gesellschaften Osteuropas haben sich 1989 zu Menschen- und Bürgerrechten, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekannt. Daher muss man v.a. fragen, was die aktuellen Ursachen dafür sind, dass vor 30 Jahren historische Argumente dem Weg zu einer offenen, europäischen Gesellschaft ebenen sollten, der Verweis auf geschichtliche Erfahrungen heute dagegen – oft von denselben Politikern, man denke nur an Viktor Orbán – eingesetzt wird, um die offene Gesellschaft zu bekämpfen.“ Seine weiterführenden Aussagen verfolgten nicht nur die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ausgebuchten und dann verschobenen Studienreise in die Visegrád-Staaten vom 11. bis 19. Oktober 2020 mit Spannung.

3. Eine erste eigene Videokonferenz boten wir am 27. April 2020 mit Christian Moos, unserem Generalsekretär, an. Wir diskutierten mit rund 25 Mitgliedern Positionen unseres Bundesverbandes, der von Anfang an konstatierte, dass „die Beherrschung der Seuchenfolgen ... mehr gemeinschaftliche europäische Maßnahmen und nicht weniger (erfordert), denn die Krise ist nicht das Verschulden einzelner Mitgliedstaaten. Daher braucht es für die Bewältigung der langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Corona-Folgen dringend gemeinsames, solidarisches Handeln und gesamteuropäische Lösungen.“ Das so beschriebene „Wiederaufbauprogramm Corona“ wurde im Juli auf dem viertägigen Gipfel des Europäischen Rates beschlossen; hoffen wir auf dessen Umsetzung.

4. Die Fortsetzung der Organisation von Videokonferenzen war gewünscht: am 4. Mai 2020 sprachen wir mit dem in Brüssel ansässigen Roland Freudenstein, politischer Direktor des Martens Centre. Seine Themenstellung war „Solidarität und Streit um Europas Grundwerte. Polen und Deutschland in der Corona-Krise“, weshalb diese Einladung auch an die Mitglieder und Interessenten der Göttinger Deutsch-Polnischen Gesellschaft versandt wurde und mit gut 40 Anwesenden hervorragend angenommen wurde. Die Themenstellung war für diejenigen, die die politischen Entwicklungen gerade in Polen aufmerksam verfolgen, selbsterklärend.

5. Am 25. Mai 2020 referierte Luca Argenta, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom, in einer Videokonferenz „Ein Wiederaufbauprogramm für die Europäische Union zur Bewältigung der Coronakrise – die Position Italiens“. Argenta formulierte bereits Mitte März 2020: „In Italien setzt sich hingegen zusehends das Gefühl fest, in einer schweren Krise wieder einmal von Europa alleine gelassen worden zu sein. Wie schon damals bei der Eurokrise nach 2008, dann während der Flüchtlingskrise ab 2015 und nun eben bei der Bewältigung der Coronakrise 2020. Überwältigende 88 Prozent der Italiener antworten mit Nein auf die Frage, ob „die EU Italien hilft“. Die Zahlen mögen zwischenzeitlich wieder freundlicher ausfallen. Wir hatten mit gut 20 Mitgliedern eine angeregte Diskussion und besprachen, dass wir aus den vergangenen Krisen hätten lernen können, wie wichtig jedes Wort und jedes Zeichen sind.“

6. Am 2. Juni 2020 besprachen wir mit dem in Berlin ansässigen Journalisten und Ukraine-Experten Nikolaus von Twickel über die dortige politische Situation. Wir d.h. 25 Interessierte erhielten Informationen in einem fundierten Statement zur Politik des

neuen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Nikolaus von Twickel beleuchtet regelmäßig die Entwicklungen in den „Quasi-Staaten“ Donezk und Luhansk; in ihm haben wir einen Ansprechpartner über die richtige Politik gegenüber Moskau.

7. „Brexit und Corona – wohin steuert Großbritannien“ war am 8. Juni 2020 unser Thema einer Onlineveranstaltung (25 Gäste). Das Vereinigte Königreich ist zum Ablauf des 31. Januar 2020 aus der EU ausgeschieden. Die Verhandlungen über ein Partnerschaftsabkommen mit der EU verliefen schon damals ausgesprochen zäh und ließen nichts Gutes erahnen. Unser Gesprächspartner war der in Oxford eingeschriebene Promotionsstudenten Henrike Laitenberger, Vizepräsident der internationalen Studierendenorganisation NKSU. Henrike Laitenberger war uns noch in Erinnerung, weil er 2017 an einigen der Pulse of Europe-Kundgebungen in Göttingen teilnahm und Redebeiträge lieferte.

8. Am 18. Juni 2020 informierte uns der Burgdorfer Europaabgeordnete und Vorsitzende des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments Bernd Lange statt im Alten Rathaus online (35 Gäste). Dieser hatte Ende April ein die Handelspolitik seiner sozialdemokratischen Fraktion skizzierendes Positionspapier „Handelspolitik in Zeiten der Corona-Pandemie - zwischen Neustart und Systemwechsel“, dem Thema der Videokonferenz, veröffentlicht. So schrieb Lange: „Die Corona-Pandemie wird überall tiefe Spuren hinterlassen – aber besonders groß werden die Verwerfungen im Handelsbereich sein. Laut Welthandelsorganisation WTO könnte der globale Warenhandel in diesem Jahr je nach Szenario um bis zu 32% einbrechen. Und selbst wenn er in danach sukzessive wieder anzieht: Corona muss und wird auch für die Handelspolitik eine Zäsur darstellen und sollte eine Neuorientierung einleiten. Warum? Weil uns im Schnelldurchgang und mit unaufhaltbarer Wucht nicht nur die Fragilität und Krisenanfälligkeit der globalen Wirtschaft, sondern auch die Grenzen und Missstände der derzeitigen Form der Globalisierung aufgezeigt wurden.“

9. Schon am 29. Juni 2020 referierte die Gifhorner Europaabgeordnete Lena Düpont „Zur Zukunft der Europäischen Agrarpolitik – die Strategien der EU-Kommission zu Farm-to-Fork und Biodiversität“ online (25 präsenste Mitglieder) „Farm-to-Fork“ bzw. „Vom Hof auf den Tisch“ soll in der Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen wie der kurzfristigen substantiellen Reduzierung des Pestizideinsatzes für ein gesünderes und nachhaltigeres EU-Lebensmittelsystem als einen Eckpfeiler des europäischen Grünen Deals sorgen. Die Aktionsfelder sind die „Sichere Versorgung der Europäer/innen mit erschwinglichen und nachhaltig produzierten Lebensmitteln“, die „Bekämpfung des Klimawandels“, der „Umweltschutz und Erhalt der Biodiversität“, „Gerechte Einkommen in der Lebensmittelkette“ und die „Ausweitung des ökologischen Landbaus“ (Zielmarke 25% der landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen in der EU bis 2030).

10. Auf unserer Mitgliederversammlung in der Kanzlei Menge Noack Rechtsanwälte arbeiteten wir am 7. Juli mit über 20 Mitgliedern die Formalia ab und hörten einen fundierten Vortrag unseres Mitgliedes Alba Sulajmanaj, die über die Beitrittsfähigkeit Albaniens zur EU ausführte.

11. Wir freuten uns über Bundesbankvorstand Burkhard Balz, der am 7. September in einer Präsenzveranstaltung tatsächlich vor 70 Gästen in der historischen Halle des

Alten Rathauses, zu "Innovation und Integration: Herausforderungen für den Finanzplatz Europa" referierte. Balz ging dabei u.a. auf die Finanzmarktintegration mit einem Fokus auf den BREXIT und die Digitalisierung, insbesondere die Weiterentwicklung des Zahlungsverkehrs, ein.

12. Immerhin 75 Anwesende – dutzende Interessierte mussten vorab abgewiesen werden – trafen bei einer entspannten Coronalage den Europaabgeordneten David McAllister am 17. September in der historischen Halle des Alten Rathauses zu „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ d.h. dem anspruchsvollen Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 sprach.

Mit Niedersachsens ehemaligen Ministerpräsidenten diskutierten wir, ob die deutsche Ratspräsidentschaft den enormen Erwartungen gerecht wird und wo wir bei der Bewältigung der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19 Pandemie sowie den Themen des mittelfristigen EU-Haushaltsrahmens, dem Klimaschutz und der Digitalisierung, aber auch aktuellen Fragen wie den Entwicklungen in Belarus und im griechisch-türkischen Grenzstreit, stehen.

Von dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament erwarteten wir außerdem Aussagen, wie er sich eine größere Unabhängigkeit der Europäischen Union im Wettstreit mit den USA, Russland und China vorstellt. Der Außenpolitiker stellte dazu fest: „International ist der Umgang untereinander rauer geworden. Es ist wichtig, dass die EU gegenüber wichtigen Handelspartnern, aber im Fall von China auch systemischen Rivalen, mit einer Stimme aller 27 Mitgliedstaaten spricht. Zugleich ist wichtig, dass wir Afrika endlich als Kontinent der Zukunft wahrnehmen und gemeinsame konkrete Initiativen auf Augenhöhe verabreden.“

Bei dieser Präsenzveranstaltung erschien es - wie am 7. September zuvor - noch verantwortlich, den Vortragsabend in voneinander isolierten Tischgruppen im Restaurant Bullerjahn ausklingen zu lassen.

13. Von Felix Schenuit, MA, hörten wir am 29. Oktober in der Galerie Alte Feuerwache sachkundige Ausführungen zu dem Thema „Klimaneutralität als Langfrist-Strategie: Die Zukunft europäischer Klimapolitik“. Die Energie- und Klimapolitik bleibt auf der politischen Agenda, auch wenn die Corona- und die daraus resultierende Gesundheits- und Wirtschaftskrise die Medienaufmerksamkeit verlagert hat.

Kommissionspräsidentin Dr. von der Leyen hatte für die Ausgestaltung eines „Green Deal“ Vorschläge für den Mehrjährigen Finanzrahmen unterbreitet, die vom Europäischen Rat und dem Parlament nicht alle aufgenommen wurden. Vom Referenten, der derzeit am Centre for Sustainable Society Research und am Exzellenzcluster Climate, Climate Change, and Society (CLICCS) an der Universität Hamburg promoviert, erhielten wir sachkundige Einschätzungen eines unabhängigen Experten. Niels-Arne Münch moderierte vor rund 30 Interessierten.

14. 2020 feiern wir das 70. Jubiläum der Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950. Sie war eine Sternstunde der Humanität und Weitsicht und ihre Kernbotschaft hat nichts von ihrer Bedeutung verloren. Am 9. Mai 1950 legte der französische Außenminister Robert Schuman in seiner historischen Rede den Grundstein für die europäische

Einigung. Mit seiner kühnen Idee, die damals wichtigsten Rohstoffe – Kohle und Stahl – von den früheren „Erbfeinden“ Deutschland und Frankreich gemeinsam verwalten zu lassen, setzte er auf Zusammenarbeit statt Konkurrenz, auf Gemeinschaft statt Nationalismus und auf Vertrauen statt Argwohn.

Zur Überzeugung der überparteilichen Göttinger Europa-Union ist Robert Schumans Grundgedanke zeitlos, was jetzt in der Corona-Krise, in die dieses Jubiläum fällt, überaus deutlich wird. „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen“, sagte Schuman in seiner Rede. Diese Solidarität der Tat muss bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen überall in der EU wieder sichtbar und erlebbar werden. Leider sind in der Corona-Krise nationale Reflexe sichtbar geworden, sei es bei einseitigen Grenzsicherungen oder anfänglicher Konkurrenz bei der Beschaffung von medizinischem Bedarf. Die Corona-Pandemie wie jede andere globale Herausforderung können wir besser bewältigen, wenn wir unsere Kräfte bündeln und gemeinsam solidarisch handeln. Corona stellt die EU und die Weltgemeinschaft auf eine harte Probe. Die Antwort der Europa-Union lautet: Besser zusammen! „Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen“ begann Robert Schuman seine Rede. Dieser Leitspruch lässt sich auch auf die aktuellen Bedrohungen anwenden, sei es die Corona-Pandemie oder den Klimawandel.

15. Am 2. November 2020, mussten wir kurzfristig auf eine Präsenzveranstaltung mit dem Mainzer Politologen Ingo Espenschied verzichten. Stattdessen präsentierte er seine aktuelle Doku-Live-Dokumentation „70 Jahre Schuman-Plan“ online 30 Interessierten. Am Vormittag wurde dies Angebot – mit Unterstützung des Europabüros im Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig – an der IGS Bovenden, am Folgetag Schülerinnen und Schülern der BBS I und III in Göttingen vorgestellt.

16. Mit dem sozialdemokratischen Europaabgeordneten Tiemo Wölken, rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion, erörterten wir „Rechtsstaatlichkeit, Green Deal, Mehrjähriger Finanzrahmen und Wiederaufbaufonds- wie geht es weiter in der Europäischen Union“ am 17. November in einer Videokonferenz (30 Gäste). Schafft es der im sogenannten „Trilog“ zwischen dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament sowie der Kommission vereinbarte Kompromiss zum Rechtsstaatlichkeitsmechanismus - es geht um die Einschränkung von Zahlungen an Mitgliedstaaten, wenn sie gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstoßen - durch die Gremien, insbesondere die Schlussabstimmung im Europäischen Rat? Wir besprachen, welche Akzente das Parlament noch setzen konnte, um dem Haushalt für die kommenden sieben Jahre im mehrjährigen Finanzrahmen zuzustimmen. Können mit dem Wiederaufbaufonds die (wirtschaftlichen) Folgen der Corona-Pandemie effektiv bekämpft werden?

Die Europa-Union erwartete vor der der noch bis zum Jahresende laufenden Ratspräsidentschaft Deutschlands u.a. die Entwicklung einer fairen, Klima- und Umweltziele berücksichtigenden multilateralen Handelsordnung. Sie forderte - neben der unzweifelhaften Bedeutung der EU-Erweiterungs- und der EU-Nachbarschaftspolitik, der Beziehungen zu Russland und Afrika - prioritär eine europäischen China-Strategie, die eine gerechte Welthandelsordnung

gleichberechtigter Partner sicherstellt. - Noch ist es für ein Fazit zu früh, zumal der Widerstand Polens und Ungarns gegen den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus für den Mehrjährigen Finanzrahmen und das Corona-Wiederaufbauprogramm NextGenerationEU den Zusammenhalt der EU gefährdet.

2021 werden wir uns unverändert bemühen, Ihre Anregungen aufzunehmen und unsere Arbeit weiter zu professionalisieren d. h. auch die organisatorische Basis auszubauen. Bleiben wir optimistisch und erkennen, dass noch für einige Monate die Devise gilt:

#mitabstandsindwirdiebesten #besserzusammen #viveleurope

Göttingen, den 6. Dezember 2020
gez. Harm Adam, Kreisvorsitzender

